

# Zeitung

**Anzeigen**  
werden die Tagesblätter 34 mm breite  
Kolonnen oder deren Raum mit  
30 Pf. u. 10% Zuschlag berechnet  
und in unseren Annoncenstellen u.  
allen Anzeigenstellen angen.  
Reklamen die 74 mm breite Zeile  
1 M. u. 10% Zuschl. Anzeigen-  
Annahmeschluss vorm. 11 Uhr,  
für die Sonntag-Dr. abds. 6 Uhr.  
Pöbelschreibungen, sowie Zustellg.  
müssen schriftlich erfolgen. Erfül-  
lungsort: Halle a. S. Erscheint tägl.  
2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit.  
u. Anzeigen-Beschäftigte: Galle, Gr.  
Druckhausstr. 17. Neben-Beschäftig-  
te: Markt 24 u. Gr. Ulrichstr. 52.

**Bezugspreis**  
für Halle monatlich bei zweimaliger  
Zustellung 1.40 Mark, vierteljährlich  
4.20 Mark, durch die Post 0.05 Mark  
zusätzlich. Zustellungsgeld. Be-  
stellungen werden von allen Reichs-  
postämtern angenommen. Im  
amtlichen Zeitungsverzeichnis unter  
Zeitschriften eingetragene. Für un-  
verlangt eingegangene Manuskripte  
wird keine Gewähr übernommen.  
Nachdruck nur mit der Quellen-  
angabe. "Zeitung" geschützt.  
Ertrauf der Schlichtung Nr. 1149,  
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,  
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133;  
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Nr. 113.

Halle, Freitag, den 8. März

1918.

## Der Friedenschluß mit Finnland.

Wie Dänemark Deutschland und wie es England behandelt. — Eine Gefälligkeit Deutschlands gegen Holland. Das österreichische Budget-Provisorium angenommen.

### Deutscher Abendbericht.

Berlin, 7. März, abends. (Stimmlich.)  
Von den Kriegshauptplätzen nichts Neues.

### Wiener Bericht.

WTB. Wien, 7. März. Antlitz wird verlaubbart:  
Keine besonderen Ereignisse.  
Der Chef des Generalstabes.

### Zweiterlei Maß der Dänen.

Unterschiedliche Behandlung englischer und deutscher  
Schiffe.

Berlin, 7. März. (Stimmlich.) Im Falle „Saab“  
wird die Dänemark einer bänischen Bergungsaktion unter-  
worfen, der deutschen Schiffe keine. Sollte dieses Ver-  
bot der Ermüdung entzogen sein, daß es einem neutralen  
Staat vorbehalten ist, Schiffe in seinen Gewässern zu halten,  
die eine Unterbrechung der Tätigkeit einer Prije bedeuten, so muß  
man sich wundern, daß Dänemark diesen Grund nicht aus-  
schließlichen Vorteil geltend zu machen versucht hat. In einem  
Falle, in dem eine englische Prije bänische Gewässer anlaufen  
wollte, hat das Schiff dort die Unterbrechung gemeldet, ohne die es  
eine Prije nicht fortsetzen konnte. Am 19. März 1916 lief näm-  
lich der Dampfer „Kong Sige“, der auf der Fahrt nach einem  
deutschen Hafen von einem englischen U-Boot angehalten  
worden war, aus Robbenort an die englische Prije von  
bänischen Hafen. Der Kapitän hat die Unterbrechung gemeldet,  
während die Prije nach dem U-Boot zurückkehrte. Man hat  
sich nicht wundern, daß die englische Prije „Kong Sige“,  
während die Prije gefahrlos durch die bänischen Gewässer  
wurde, die Unterbrechung der deutschen Prije „Saab“ aber  
verboten haben.

### Die Gewaltmaßregeln Englands gegen Holland.

WTB. Berlin, 7. März. Die „Nord. Allg. Ztg.“  
schreibt halbamtlich:  
Bekanntlich hat die Durchfuhr von Sand und  
Kies nach Holland, welche Deutschland auf Grund der  
Rheinisch-Westfälischen Konventionen gestattet, und die Holland  
auch jetzt zuerlassen hatte, den Zorn Englands erregt. Dieser  
Zorn gegenüber Holland machte sich in der plötzlichen Unter-  
brechung des holländischen Telegrammverkehrs nach Utrecht  
im vergangnen Jahre Luft, eine Sperre, die von der eng-  
lischen Zensur vorläufigerweise auch auf alle holländischen  
Geschäftsbriefe von Utrecht ausgeht wurde. Außerdem  
übergriff die englische Regierung die Hollands mit Noten,  
die zwar eine übermäßige Unterbrechung aller einschlägigen  
internationalen Bestimmungen und Abkommen verrieten, das  
sie aber in einem Zeit abhalten waren, wie ihn England  
gegenüber den „besten“ holländischen Seefahrern gegen-  
über anzuwenden sich erdreiste. Weder die Sperre, noch die  
ruffige Ton, noch endlich die Intervention und andere wenig  
erleuchtete amtliche Maßnahmen des englischen Seefahrers im  
Saag in der holländischen Prije vermochten den gewünschten  
Eindruck auf die holländische Regierung auszuüben. Am so  
erfreulicher erscheint es uns, daß unsere Lage jetzt uns ge-  
lattet, einzuwirken von der Ausübung des Rechts der Durch-  
fuhr absehen zu können. So können wir England weitgehend  
den Scheitern und der richtungslosen Behandlung unserer  
niederländischen Nachbarn und können hoffen, ihm dadurch  
eine Stellung England gegenüber einigermassen zu erleich-  
tern.

Allerdings wird nach den bisherigen Erfahrungen die  
größtenteils englische Regierung kaum einen Grundgrund ver-  
legen sein, wenn es ihr paßte, den Holländern das  
Leben wieder lauer zu machen.

### Dr. v. Seidler über die Nationalitätenfrage.

Das Budget-Provisorium angenommen.  
Wien, 7. März. (Drainnachricht.) In seiner letzten  
weitere Sitzung des Budget-Provisoriums richtete der  
Ministerpräsident Dr. v. Seidler an das Haus einen  
warmen Appell, das Budget-Provisorium einschließlich der  
Kreditvermehrung zu votieren. Die Verwirklichung des  
Kriegsbudgets, insbesondere der Kriegskredite, müßte in aller  
Welt als Entschickung aufgefaßt werden, die nicht durch  
juridischen, dem Staat die materiellen Mittel in einem  
Augenblick zu entscheiden, da er den schwersten aller Kriege in  
Ehren zu bestehen sich anstellt. Der Ministerpräsident ver-  
setzte nun besonders auf die Notwendigkeit der Verwaltungs-  
reform. Die nationale Eigenliebe innerhalb des Rahmens  
des Staatsrechts müßte zur Ausgestaltung gebracht werden. In  
der nationalen Autonomie liege der so dringend nötige Lebens-  
einzelnen zu erblicken. Keine Nationalität dürfe die andere  
vergewaltigen, jede ist berechtigt, sich auf dem ihr eigenen

Gebiet auszuleben. In Böhmen könnten gewisse Neugestal-  
tungen unter Beobachtung des Grundgesetzes der Ausländer-  
setzung der nationalen Streitkräfte für beide Volkstämme  
legensreich wirken.

In der südwestlichen Frage handle es sich darum, jene  
Lösung zu finden, die dem Agium der dynastischen und staats-  
lichen Kreise voll und ganz entspreche. Er appelliere an alle  
Parteien, einen inneren politischen Waffenstillstand zum  
Zwecke der Herbeiführung eines baldigen südeuropäischen  
zu schließen. In Verantwortung der Aufgabe, beizutragen die  
Kernfrage, sollte der Ministerpräsident sein, daß, insofern  
in der Bänder der ungarischen Krone die Gesamtinteressen der  
Arme aufgegeben oder modifiziert werden soll, dies nur mit  
Zustimmung Österreichs und mit Zustimmung des öster-  
reichischen Reichsrates geschehen könne.

Die Rede wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.  
WTB. Wien, 7. März. (Drainnachricht.) Abgeordneten-  
haus. Vor der Abstimmung über das Budget-Provisorium  
gab der Obmann des Reichsrates, Graf Bawerowski, die  
Erklärung ab, daß die Voten zum Schluß des Protokolls  
gegen die von ihnen beäuftragte Politik, wodurch das Gefühl  
und die Lebensinteressen des polnischen Volkes verletzt  
würden, der österreichischen Regierung für das Budget-Provi-  
sorium ihre Zustimmung zu versagen, daß sie jedoch  
der ihnen an allerhöchster Stelle zuteil gewordenen Zusich-  
erung vertrauen, daß die ihnen zuteil gewordene Politik Kaiser  
Franz Josefs in Kraft treten und weiterhin beibehalten  
werden wird. Die Voten werden, um von der Bevölkerung  
die mit der Aushandlung des Parlamentes verbundene Gefahr  
eines Gewaltvertrages abzumildern, sich von der Abstimmung  
fernhalten.

Das Budget-Provisorium wurde hiermit angenommen.  
§ 1, enthaltend die allgemeine Ermächtigung für die Aus-  
gaben und Einnahmen, wurde mit 290 gegen 121 Stimmen  
angenommen. Hierfür stimmten auch die deutschen Sozial-  
demokraten und die Ukrainer, dagegen die Tschechen, Süd-  
slawen und die polnischen Sozialdemokraten.

§ 2, enthaltend Kriegsausgaben, wurde mit 293 gegen  
161 Stimmen angenommen; dagegen stimmten neben den  
früher genannten auch die deutschen Sozialdemokraten.

§ 3, betreffend 6 Milliarden Kriegskredit, wurde in  
namentlicher Abstimmung mit 293 gegen 165 Stimmen an-  
genommen.

Das Budget-Provisorium wurde hierauf in dritter Lesung  
angenommen und die Sitzung sodann geschlossen.

### Ein Engländer über Hertlings Rede.

Die Stimme des Predigers in der Wüste.

WTB. Berlin, 7. März. (Drainnachricht.) Die Nord-  
deutsche Allgemeine Zeitung schreibt unter der Überschrift:  
„Eine englische Stimme“. Die „Daily News“  
veröffentlicht eine bemerkenswerte Zuschrift des Lord Sud-  
maister, in der dieser die letzte Rede des Grafen Hertling  
als wichtige Äußerung eines deutschen Staatsmannes seit  
Kriegsausbruch bezeichnet. Diese Rede, zu einem Zeitpunkt  
gehalten, als Rußland überwandern zu Deutschlands Hüfen  
liegt, während an der Westfront die Ruhe vor dem Dröck  
herzigt, sei bei weitem die gemäßigteste, die man bisher gehört  
habe. Sie enthalte keine verächtlichen oder ehrenrührigen  
Ausdrücke für England und seine Alliierten und befunde ein  
mehr als oberflächliches Einverständnis mit Willens ihrer  
Grundbedingungen für einen bleibenden Frieden, wobei  
Graf Hertling begrifflichstherweise verlange, daß auch die Allii-  
erten diese Bedingungen annehmen. Nicht so vertrauens-  
erweckend seien Graf Hertlings Ausführungen über Belgien.  
Zwar wiederhole er, daß Belgien nicht ein Bestandteil des  
deutschen Reiches werden solle, mache aber den Vorbehalt,  
daß die künftige Lage Belgiens es nicht zur Basis feindseliger  
Nachbarschaften machen dürfe. Niemand in England habe  
je an derartiges gedacht, aber der Vorbehalt kann nur akzep-  
tiert werden, wenn er mit der höchsten politischen Wieder-  
herstellung verträglich sei.

Graf Hertling bemerkte, daß während der einer Aussprache  
zu erklären sei, und es sei schwer einzusehen, warum dieser  
Vorbehalt obgleich werden solle. Auch die Wichtigkeit des  
Einschlusses, daß eine Verständigung schwer durch öffentliche  
Reden zu erzielen sei, lasse sich nicht bestritten. Man könne  
natürlich die ganze Äußerung als unaufrichtig und ver-  
trauenswürdig hinstellen, aber wenn man jedes Angebot  
zu behandeln, werde der Frieden nie kommen. Keine schwerere  
Verantwortung liege auf den Staatsmännern als die, derart-  
igen Angebote unberücksichtigt und ungenutzt zu lassen.

Diese Äußerung verdient auch Ton und Inhalt Beach-  
tung. Es handelt sich zwar um eine einzelne Stimme, immer-  
hin aber ist es ersteinlich ein verständliches Urteil zu ver-  
zeichnen, das den Reichsminister Hertling widerstands-  
los und seinem Gedankengang ganz ohne Vorbehalten  
beifolgt.

(Leser Depeschen siehe auch Seite 1.)

### Der vierte Friedensvertrag.

Der Friedensgeant bewegt sich in Eilmärschen vor-  
wärts. Nach dem Frieden mit der Ukraine kam der Frieden  
mit Großrußland. Ihn hat sich der Vorfriede mit Rumänien  
angegeschlossen, und heute hören wir, daß in aller Stille ohne  
große Redebungen nach dem Muster Trojits zwischen Finn-  
land und dem Deutschen Reich ein Friedensvertrag zustande  
genommen ist. Es ist der vierte Friedensvertrag seit Beginn  
des Krieges, aber der erste Vertragsschluß, bei dem Deutsch-  
land gegenüber einer anderen Partei allein steht. In dem  
Donnerstag mittag zwischen dem Deutschen Reich und dem  
Lande der 1000 Seen“ unterzeichneten Verträge werden  
die Verbündeten Deutschlands nicht erwähnt, da ihre Inter-  
essen in Finnland nicht groß genug sind, um besonders her-  
ausgegriffen zu werden. Im Grunde genommen handelt  
es sich auch um keinen Friedensvertrag, was schon aus der  
Fassung des Artikels 1 hervorgeht, in dem erklärt wird, daß  
zwischen Deutschland und Finnland kein Kriegszustand be-  
steht. Es heißt nicht, daß ein bisheriger Kriegszustand für  
beide erklärt wird.

Finnland war bisher als russischer Großfürstentum ein  
Teil des Zarreiches, mit dem wir seit August 1914 im  
Kriege lagen. Der überwiegende Teil der Bewohner Finn-  
lands hat den Krieg mit Deutschland nicht geteilt und ist  
trauer während des Vortriebs starke Sympathien für  
Deutschland hervor. Je länger der Krieg dauerte, desto mer-  
klicher traten auch die Selbständigkeitsbestrebungen der Finnen  
hervor. Mit der Verhärterung dieser Bestrebungen müßten  
auch die finnischen Sympathien für Deutschland wachsen. Das  
Land, das erst seit 1809 staatsrechtlich zu Rußland gehört,  
besteht sich immer mehr auf seine geschichtliche Vergangenheit  
und wurde sich von Monat zu Monat stärker von Großruß-  
land ab. Mit seinen rund 3 Millionen Einwohnern vertritt  
Finnland jetzt „fortan in Frieden und Freundschaft mit  
Deutschland zu leben“. Schon vor Monaten hatten sich die  
Finnen an die schwedische Regierung gewandt in der Hoff-  
nung, daß dieser skandinavische Staat als Nachbar sich tat-  
kräftig für ein selbständiges Finnland einlegen würde. Diese  
Hoffnungen waren trügerischer Natur. Man begnügte sich in  
Stockholm mit wohlwollenden diplomatischen Versicherun-  
gen, rührte aber im übrigen keine Hand, um das Land von  
den russischen Herrschaft freizubekommen. Als denn die  
finnische Selbständigkeit erklärt wurde, erkannten die drei  
skandinavischen Staaten das selbständige Finnland an. Auch  
von Deutschland wurde Finnland anerkannt, aber das Land  
nach wie vor unter der Herrschaft der Russen, die gerade  
in den letzten Wochen noch verstärkt wurde. Die bolsche-  
wistische Regierung in Petersburg machte kein Hehl daraus,  
daß sie, nachdem sie gegenüber den Mittelmächten den kürzeren  
gezogen hatte, wenigstens in Finnland Sieger bleiben wollte.  
Obwohl auch die Petersburger Regierung die Selbständigkeit  
Finnlands anerkannt hatte, wußte sie auf Grund der von ihr  
gepredigten Lehre vom Selbstbestimmungsrecht der Völker  
verpflichtet war, schickte man immer mehr russische Truppen  
nach Finnland, bis es zum offenen Kriege zwischen den russi-  
schen roten Garden und den Finnen kam. Nach dem mit  
Schweden gemachten Erfahrungen wandte sich die finnische  
Regierung in ihrer Not nicht mehr an die skandinavischen  
Staaten um Hilfe, sondern hat Deutschland um Unterstützung.  
Diese Unterstützung wurde von der Regierung bereitwillig zu-  
gesagt. Diplomatisch erfolgte die Unterstützung bereits bei  
den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk, und der Fried-  
ensvertrag mit Großrußland verlangt bekanntlich auch, daß  
die Russen Finnland ungehindert zu räumen haben. Diese  
Verklebung hat aber bisher keine genügenden Folgen gehabt,  
so daß sich Deutschland auch zu einer militärischen Unter-  
stützung des Landes entschloß. Die nächste Folge war die  
Einrichtung einer militärischen Etappe auf den Alandsinseln,  
so die Landung deutscher Truppen vor wenigen Tagen er-  
folgte. Von dort aus soll die weitere Unterstützung Finn-  
lands militärisch erfolgen. Aus dem Friedensvertrag geht  
nun hervor, daß Deutschland sich verpflichtet, dafür einzu-  
treten, daß die Selbständigkeit und Unabhängigkeit Finn-  
lands von allen Mächten anerkannt wird.“ Das ist die weit-  
gehendste Unterstützung, die Deutschland Finnland gewähren  
kann. Diese Unterstützung geht formell über die der Ukraine  
gewährten Hilfe hinaus. Es ist zumal eine deutliche Inter-  
esse und eine deutsche Pflicht geworden, daß Ruhe und Ord-  
nung hergestellt in Finnland eingeleitet.

Die Gegenleistung für diese weitgehende Unterstützung  
durch Deutschland verpflichtet sich Finnland, „seinen Teil

# Unser Eisenbahnwesen vor dem Abgeordnetenhaus.

Das Eisenbahnpersonal leidet unter Ueberlastung. — Ein demokratischer Minister ist nicht weniger gewissenhaft als ein Konservativer. — Vierte Klasse auch in den D-Zügen. — Ausreichende Wohnungszufolge.

leiner Bestände an eine fremde Macht abzutreten, noch einer solchen Macht ein Territorium zu seine Hoheitsrechte einzuräumen, ohne sich vorher mit Deutschland darüber verständigt zu haben. Der Wortlaut dieses Vertrages bezeugt, daß Finnland jedenfalls den deutschen Schutz genießt. Das Land steht gewissermaßen unter deutscher Oberhoheit, da alle von ihm zu schließenden territorialen Abkommen von Deutschland genehmigt werden müssen.

Der hauptsächlichste Interessen ist in dem Vertrage dadurch gebahrt, daß festgelegt worden ist, daß alle Befestigungen auf dem Festlande zu entfernen sind. Ferner ist vorgeordnet, daß diese Anlagen auch künftig nicht befestigt werden dürfen. Eine Folge weitere Bestimmungen bestimmt die Wiederannahme diplomatischer Beziehungen, Rechtsfragen, sowie den Austausch der gegenseitigen Gefangenen. Eine Reihe von Zusatzverträgen soll demnächst noch abgeschlossen werden, wozu sich Vertreter beider Staaten demnächst in Berlin treffen.

Unserer Diplomatie wird man bei diesem Vertrage ungetreue Anerkennung geben müssen. Hier ist in aller Stille ein Land von Großmacht abgetrennt worden, das eine betrags wichtige wirtschaftliche Entwicklung vor sich hat. Der Vertrag ist um so erfreulicher, als zunächst keine größeren Schwierigkeiten bei der Durchführung der einzelnen Bestimmungen zu erwarten sind.

## Der Inhalt des Vertrages.

Berlin, 7. März. Heute mittags ist der Friedensvertrag zwischen Deutschland und Finnland, ebenso ein Handels- und Schiffsahrtsabkommen, sowie ein Zusatzprotokoll zu beiden Verträgen unterzeichnet worden. In Art. I wird erklärt, daß zwischen Deutschland und Finnland kein Kriegszustand besteht und daß die vertragsschließenden Teile geschlossen sind, so wie in Beziehung auf die Freundschaft miteinander zu leben. Deutschland wird damit einverstanden sein, daß die Selbständigkeit und Unabhängigkeit von allen Mächten anerkannt wird. Dagegen wird Finnland keinen Teil seiner Bestände an eine fremde Macht abzutreten, noch einer solchen Macht ein Territorium zu seine Hoheitsrechte einzuräumen, ohne sich vorher mit Deutschland darüber verständigt zu haben.

Die folgenden Artikel betreffen die Wiederannahme der diplomatischen und konsularischen Beziehungen sofort nach der Befestigung des Friedensvertrages, gegenseitigen Besitzt auf den Weg der Kriegsverträge und der Kriegsschäden, die Wiederherstellung der Staatsverträge und der Zivilrechte, den Austausch der Kriegsgefangenen und der Zivilisten, den Ersatz für Zivilschäden, die Staatsverträge angeht, so sollen die vorher abgeschlossenen Verträge zwischen Deutschland und Finnland durch neue Verträge ersetzt werden, die den veränderten Umständen und Verhältnissen entsprechen. Insbesondere soll alsbald über einen Handels- und Schiffsahrtsvertrag unterhandelt werden. Einzuweisen werden die Verkehrsbeziehungen zwischen den beiden Ländern durch ein Handels- und Schiffsahrtsabkommen geregelt.

Bezüglich der Besitzrechte treten alle Kriegsgesetze mit der Befestigung dieses Vertrages außer Kraft. Die Schuldverhältnisse werden wiederhergestellt, die Besetzung der Vermögensgegenstände, insbesondere der öffentlichen Schuldenbeiträge, werden aufgehoben. Zur Befestigung der Besitzrechte soll in Berlin eine Kommission zusammengesetzt werden, die zu je einem Drittel aus Vertretern der beiden Teile und neutralen Mitgliedern besteht. Um die Bezeichnung der neutralen Mitglieder, darunter des Vorsitzenden, soll der Präsident des Schweizer Bundesrats gebeten werden.

Die Kriegsgefangenen und Finnländer in Deutschland und die Kriegsgefangenen Deutschen in Finnland sollen in kürzester Zeit ausgetauscht, die beiderseitigen verhafteten oder internierten Zivilangehörigen heimgeführt werden. Es folgen Bestimmungen über eine Amnestie, über die Jurisdiktion über den Ertrag von Konfiskationen usw. Zur Regelung der Angelegenheiten wird bestimmt, daß die auf den Zielen angelegten Befestigungen so bald als

Zurückführung der zweiten Beratung des Etats der Eisenbahnverwaltung bei wirtschaftlichen und finanziellen Fragen.

Abg. Vippmann-Stettin (fortf. Sp.): Das Vertrauen in den guten Willen der Eisenbahnbeamten und Arbeiter hat hier einmütig anerkannter Widerspruch gefunden. Für ausreichende Erhöhung des Personals muß angefochten der erforderlichen Mehrleistungen gefordert werden. Benachteiligungen, die durch früher eintretende Pensionierung infolge von Ueberanstrengung oder im Selbstbahndienst stattgefunden, muß beseitigt werden. Der Verzichtung des Finanzabkommens auf zwei Jahre hinweisen wir zu. Allerdings hat es heute mehr theoretische als praktische Bedeutung. Es kann nur in Zeiten guter Konjunktur wirken. Im Krieg, wo die Einnahmen zurückgehen, liegt es auf dem Papier. Aber es schafft eine erträgliche Begrenzung und verhindert so, daß in Zeiten der Finanznot die Wirtschaftlichkeit der Eisenbahnen angegriffen wird. Der Jahre Wobius muß allerdings weichen. Denn wenn auch nach dem Kriege große Remissionsfragen erfolgen, so vermehrt sich damit das finanzielle Anlagekapital. Damit würde sich also auch die Ausgabe an den Etat erhöhen. Das liegt aber nicht ohne weiteres die Rentabilität. Wir müssen also auch den Zinseffekt berücksichtigen. Auch vor der Erhöhung der Personalziffer hätte man die Zustimmung der Volkvertretung einholen sollen.

Man darf dem Publikum das Eisenbahnwesen nicht verheimlichen.

Der Personalmangel wird durch den Güterverkehr an die Hand gebracht. Die Anregungen zur Schaffung besonderer Güterbahnen sollte erzwungen werden. Die Wasserstraßen dürfen nicht als Feinde der Eisenbahnen betrachtet werden, sondern als Freunde und Helfer. Der Etat ist nicht günstig. In den 2,0 Prozent des jährlichen Anlagekapitals fehlen 150 Millionen Mark. Für die Zukunft ist gefordert. Einen Einnahmeposten von 380 Millionen ergeben die bewilligten Zuschläge zu den Güter- und Militärziffern. Durch Einführung der Kurz-Brenne würden jährlich 50 Millionen gespart werden, wobei die Anschaffungskosten in neun Jahren gelöst werden. Auch die Verwendungs von Selbstbahnstationen würde eine hohe Ersparnis erzielen. Der Meinung des Ministers, daß durch Zusammenlegung der verschiedenen Klassen Eisenbahnen zu erzielen sind, wage ich nicht zu widersprechen. Der gänzlichen Ausschaltung der ersten Klasse möchte ich aber nicht zustimmen. Graf v. B. Gröben hat gestern gesagt, daß seine Freunde die Befestigung jeder Verletzung der Einnahmen aus der Eisenbahn besonders deshalb begrüßten, weil bei der neuen demokratischen Welle, die über Preußen dahinflutete, man nicht wüßte, was aus den Eisenbahnen noch werden würde.

Das ist ein ungerechtfertigtes Mißtrauen.

Auf diesem Gebiete sind sich die Parteien des Hauses in ihren Grundzügen stets einig gewesen. (Sehr richtig!) Herr v. Wonna befragte ich ebenfalls mit der Demokratie. Er meinte, wenn ein demokratisch gewählter Mann das Haupt der Eisenbahnverwaltung werden würde, daß dies das Ende des preussischen Fiskus bedeuten würde; der als Gebotene bedacht zu werden. Es ist wohl eher zweifellos, daß der Fiskus bisher eine „Rechenzettel“, und zwar eine unangenehme ge-

wesen ist. Im Ernste: Die Ausführungen des Herrn v. Wonna entsprechen nur dem Witzigen darüber, daß die Hölle geschwefelt sind. (Sehr richtig! links.) Es liegt gar keine Ursache vor, an der Gewissenhaftigkeit eines parlamentarischen Ministers, der der linken Seite des Hauses entspringt, zu zweifeln, mag er gleich mit einigen Tropfen logischen Oels gesalzt sein. (Lobhaft Beifall.)

Abg. Maceo (Nat.): Die Aufgaben der Eisenbahnverwaltung werden in nächster Zeit in kriegerischer und wirtschaftlicher Sinne vermehrt werden. Wir sind nicht mit allen Einzelheiten des Finanzabkommens einverstanden. Die

Besserstellung des unteren Personals ist zu begrüßen gegenüber den Schreibungen gewissermaßen Agitatoren, die Unzufriedenheit der Eisenbahner zu untergraben. Vor allem müssen die Bedürfnisse der Eisenbahnverwaltung ernsthaft werden. Die Eisenbahnen dürfen nicht dazu dienen, den Staatshaushalt im Gleichgewicht zu halten. Abg. Keinert (Soz.): Die Eisenbahnverwaltung muß von der Finanzverwaltung völlig unabhängig sein. Wir verlangen, daß die ungenutzten Tarifverhältnisse auf Grund gesetzlicher Regelung erfolgen dürfen. Das die Arbeiterschaft nicht verloren werden, ist selbstverständlich. Die vierte Klasse mit Sitzplätzen für alle Fahrplätze muß auch in den D-Zügen fahren. Der Restime-Wohnplatzvertrag mit dem Verleger der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ bringt dem Unternehmer ansehnliche Einnahmen, die die Verwaltung selbst erzielen könnte und kennt die aus, die auf Restime angewiesen sind.

Abg. Dr. von Wonna (Freil.): Wir erwarten, daß die Eisenbahnverwaltung bei dem nächsten Vertrage die fiskalischen Interessen genügend wahr. Meine Ausführungen über parlamentarische Minister hätten sich auf die Erfahrungen in parlamentarischen Ländern.

Minister von Breitenow: Wir müssen jetzt vieles ausführen, was wir im Frieden beifügen abgeben würden. Heute muß jeder zu den allgemeinen Werten beitragen. Bei dem Vertrag mit dem Verleger der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ spielen weder finanzielle noch politische Momente eine Rolle, er bringt nur eine geringfügige Abschneidung für die Eisenbahnverwaltung. Dem Ministerium ist ein Entwurf vorgelegt, angehängt, Behörsmittel-Ausgleich werden gebildet, Behörsmittel-Kontrollen angeheißt. Die Eisenbahnverwaltung hatte bei der Aufstellung der Ausnahmetarife die Landesinteressen im Auge. Bei der

Einführung neuer tariflicher Erhöhungen muß eine große Verwaltung vorläufig sein.

Die Befragung schließt. Es folgt die Befragung der Arbeiter- und Beamtenfragen.

Abg. Schmidt-Cong (Soz.): Wegen des Wohnungsmangels in allen Großstädten und Industrieorten muß die Verwaltung eine ausreichende Wohnungszufolge für das Personal übernehmen. Die Fragen der Ernährung und des Erholungsurlaubes müssen geregelt werden, ein Ausbau der Arbeiterausflüsse ist erforderlich.

Abg. Wagner-Breslau (Freil.): Das Arbeitslohn muß geregelt werden. Der achtstündige Arbeitstag ist grundsätzlich einzuführen. Redner tritt für Wähler der Zustände ein, die verschiedenen Klagen unter- und mittleren Beamten zu Grunde liegen.

Weiterberatung Montag, 11. März, 11 Uhr vormittags, außerdem Handelsetat.

möglich entfernt und die dauernde Nichtbefestigung jeder Inseln durch ein besonderes Abkommen geregelt werden soll.

Die Befestigungszustände sollen in kürzester Zeit in Berlin ausgetauscht werden. Zur Ergänzung des Vertrages werden binnen vier Monaten nach der Befestigung Vertreter der vertragsschließenden Teile in Berlin zusammenzutreten.

In dem zugleich mit dem Friedensvertrag zwischen Deutsch-

land und Finnland abgeschlossenen Handels- und Schiffsahrtsabkommen wird bestimmt, daß die Angehörigen eines jeden der vertragsschließenden Teile im Gewerbe des anderen Teiles in Bezug auf Handel und sonstige Gewerbe dieselben Rechte und Begünstigungen aller Art genießen, welche dem Züander zwischen oder zwischen werden. Die Boden- und Gewerbesteuerpflichten sollen nach dem Grundsatz der Weibegünstigung behandelt werden. Die Bestim-

lung zu kommen. Möchte es gehen, wie es wollte, wenn er sie nur erit unten hatte und mit den Gläsern der Apotheke und blutflüssigen Mitteln sie zu ihm bringen konnte! Aber bald sah er voll Verzweiflung ein, daß es eine Unmöglichkeit war, mit einer Bewußtlosen, vielleicht Sterbenden, über diese Schutts- und Trümmerhaufen hinwegzukommen. Und wenn auch das Erbden sein Ende erreicht zu haben schien, wenn auch die Erbden sich nicht wiederholte — wer gab ihm Gewißheit, daß Solvia nicht in seinen Armen farb, wenn es ihm nicht bald gelang, sie aus der tiefen Ohnmacht zu wecken?

Da drang aus der Ferne noch unten herauf eine ruhende Stimme.

„Sonnar, Sonnar!“ rief er. „Sonnar, wo bist du?“

Es war Antonio, der sich nach der Katastrophe zuerst von der Dienerschaft bekannt, was aus der Herrschaft geworden sein mochte. Die Angst hatte ihn vorhin ebenlo gepackt, wie die anderen Zögeln, weil sie die Erbdengefahr von Kindheit an kannten. Wenn ein Erbden begann, da gab es kein Halten, da brach sie jeder selbst in Sicherheit, ins Freie. Auf dem großen freien Platz standen sie immer noch in Scharen, jammernd, bebend und angstvoll zusammen. Antonio beugte sich zuerst durch die Menge und machte Wände, ins Haus zu gehen. Da verfielen von allen Seiten die armen, ihn durch Zurufe zurückzuführen. Das Erbden hätte neben Augenblick von neuem beginnen, die Wunden seien bedorfen, das Dach sei vernichtet, alles hätte über ihm zusammengefallen. Aber Antonio ließ sich nicht zurückführen. Was war aus seiner schönen blonden Herrin geworden, die immer so gut gegen ihn war, und die nun allein in dem gefährlichen Hause geblieben war.

Als Antonio das Haus betrat, bot sich ihm schon in der Einfahrt vorn ein Bild schrecklicher Zerstörung. Ein Blick in die Apotheke zeigte, daß fast alle Tuben, Gläser und Porzellanbehälter von den Regalen gestürzt waren, im Vorraum war ein eisernes Gitter aus seinem Rahmen gewichen und in der Einfahrt gegen Schutt und Rußhaufen am Fuße der großen Treppe, daß der obere Teil der Treppe von der niederfallenden Wand ganz verschüttet sein mußte.

Da begann er angstvoll nach seinem Herrn zu rufen. Und er sprach laut vor Freude in Tränen aus, als er Herbert oben antwortete hörte:

„Antonio! Antonio! komme herauf, schnell! Ich habe die Herrin im Arm. Sie ist bewußtlos und verlegt — hilf mir, sie herunterzutragen.“

(Fortsetzung folgt.)

## Unter der Tropenfonne.

Roman von Erich Gepp-Böcher.

26. Fortsetzung. (Schluß des Heftes.)

Trotz all des Bangens laberte sie eine große Freude in Herbert empot, als er die geliebte Stimme der Erbe hörte, wie tief nach ihm, sie hatte in ihrer Lebensangst seinen Namen — so fühlte sie sich doch als sein Eigentum — und er sollte ihr Gebot sein!

„Wenn ich sie lebend aus diesem Hause bringe, werde ich sie für mein Leben ans Herz drücken und alles soll nett sein!“ gelobte er, während er in toller Angst, ätzend vor Erregung, den Rest des großen Vorraums durchlief und an die Tür des Speisemimmers kam.

Da brachen von neuem die Schritte los. Der Rauf trieb von der Decke und füllte alles in düstern erlösenden Staub, von den Wänden hingen die Bilder, die Salousten Lappereien, die Fensterhaken mit den geistlichen Aufhängeläden hängten nach innen, im hohen Schrank mit dem gläsernen Service brachen Schüsseln und Gläser in Scherben zusammen.

Als Herbert sich für einen Moment in dem spärlichen Türhaken des Speisemimmers festhielt, sah er Solvia aus der gegenüberliegenden Tür ihres Zimmers kommen, mit aufgelöstem Haar, im leichten Badniedrig, wie sie eben erdrossen aus dem Schlafe aufgewachener zu sein schien.

„Herbert!“ rief sie ihm beglückt entgegen. „Herbert!“ Und sie tratde wie ein Kind lebend die Arme nach ihm aus. Mit einem Schrei, die er auf sie zu, halb war es Freude, daß sie ihn rief, halb war es Angst, daß sie jeden Moment vor ihr verschüttet werden konnte.

Da sah er, daß der hohe Schrank, neben dem sie stand, zu schenken begann. Er Herbert zu ihr gelangte, die er ihr, vor Schreck fast gelähmt, zurufen konnte: „Geh zu Bett!“ hatte sich der Schrank beim Heben und Senken des Aufhobens nach vorne geneigt und streifte Solvia im Fallen. Vor seinen Augen brach sie getroffen zusammen, und mit entsetztem Schreien und Klirren stürzten die Scherben des gläsernen Geschirrs aus den zerbrochenen Türen über sie nieder.

Er war Herbert doch zu spät gekommen, um eine einzige Schindeln Bewußtlos, blutend, verlegt lag sie vor ihm, und er war

allein hier in dem großen, verfallenen Haus, und ohne Hilfe! Mit zusammengeschlossenen Fingern riefte Herbert den am Boden liegenden Schrank mit gewaltiger Kraftanstrengung beiseite, auf den Anien liegend sah er die vielen Glasstücke aus Solvias Mäße und ersenkte sie von dem weißen leichten Kleiden. Er tat alles schnell, mit zitternden Händen, um sie hinunter ins Freie zu bringen. Denn die Schritte, die für eine kurze Zeit übergehoben schienen, konnten von neuem beginnen.

Er hob ihren Oberkörper auf seinen Arm und hochte an ihrem Herzen. Sie hatte, aber die Bewußtlosigkeit, in die sie durch den Schlag, der Erbe und der Schreck verfiel, war tief, und durch das keine dünne Gewebe, durch das die Scherben verlegend gedrungen waren, rann an vielen Stellen Blut.

Als er ihren warmen Körper in seinen Armen hielt, verzog Herbert für Momente alle Gefahr ringsum. Er küßte ihnen zurückgedrückten Kopf, ihren Hals, ihre Schultern in dem Gedanken: „Meine süße, geliebte Frau!“

Dann fand er häutig auf und schleppte sie mühsam durch den Saal. Aber seine Arme zitterten vor Erregung, vor Wonne und Angst, und er wurde ihm schwer, sein bewußtloses junges Weib zu tragen. Er wollte sie an sich, er hielt seine Arme um ihren Körper geschlungen, und während er wieder ein Stück weitertrat, dachte er unaufhörlich: „Wenn du wieder zum Leben erwachst, wird uns nichts mehr trennen!“

Als er den Vorraum zur Treppe genommen hatte und sich über jeden Schritt freute, mit dem er den freien und somit der Sicherheit näher kam, sah er mit Entsetzen, daß an der gegenüberliegenden Wand des Treppenhauses ein mächtiger Spalt klappte. Mit einem plötzlichen Krachen verbreiterte er sich und im nächsten Moment neigte sich die ganze Wand zusammenstürzend nach vorn. Roter Ernteschein legte Herbert Solvia vorläufig auf den Boden, beugte sich über sie und kniete bei ihr nieder, um sie vor der wilden Kälte zu schützen.

Fürte er die Treppe mit Solvia bereits erreicht geholt, so wären sie beide verloren gewesen. Ein großer Schutthaufen verperrte jetzt die Treppe. Die Situation wurde immer gefährlicher. Roter Angst sah Herbert, daß Solvias Gesicht sich entfarbte und daß das Blut aus ihren Wunden härter herozuquoll.

Er nahm mit Verzweiflung alle Kräfte zusammen, hob Solvia von neuem empot, um mit ihr über die verschüttete

mungen bestehen sich indessen nicht auf die Begünstigung des Grenzverkehrs, auch nicht auf die Begünstigung, die einer der vertragschließenden Teile einem mit dem Zollvereinlande oder Gebiete gewährt und auch nicht auf die, die den Zollverein, Zollvereinsländern oder einem anderen mit ihm durch ein Zollverhältnis verbundenen Lande, das an den Zollverein angeschlossen oder durch ein anderes mit ihm oder Zollvereinsländern verbundenen Land mittelbar angrenzt oder seinen eigenen Kolonien usw. etwa gewährt wird. Während des Bestehens dieses Abkommens wird der finnische Zolltarif nach dem Stande vom 1. Januar 1918 gegenüber dem Zolltarif in Anwendung kommen. Der Tarif kann während dieser Zeit Deutschland gegenüber weder erhöht, noch durch Zölle auf bisher zollfreie Waren erweitert werden. Auch bezüglich der Eisenbahnen und der Seeschifffahrt wird die Weisheit der Begünstigung verbleiben. Hinsichtlich des Schutzes gemeinsamer Eigentums und des Arbeitsrechts gelten die Bestimmungen der revidierten Pariser Arbeitsvertrag vom 13. Nov. 1906.

Der Post- und Telegraphenverkehr soll nach den Bestimmungen des Post- und Telegrafenvorabkommens aufgenommen werden. Zur Regelung der Konsularverhältnisse, der Passfrage, des Reisefreiheits und der Rechtsfrage in bürgerlichen Angelegenheiten sollen zunächst zwei Verträge abgeschlossen werden, die den Angehörigen aus beiden Verträgen entgegenstehen. Ein Vertrag über die gegenseitige Auslieferung von Verbrechern und die Rechtsfrage in Strafsachen soll auf neuerlicher Grundlage abgeschlossen werden. Jeder verhandelnde Teil wird die Zeitdauer seiner Angehörigen in das Gebiet des anderen Teiles zur Beschäftigung in landwirtschaftlichen Betrieben gestatten. Dieses Abkommen soll 2 Wochen nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Wirksamkeit treten.

### Der britische Marine-Etat.

#### Eingekündigte des englischen Seelords.

London, 5. März. Geddes erklärte im Unterhause zum Flottenetat: Man darf sagen, daß der Seelord eine Strafpredigt zwischen dem feindlichen U-Boot und unseren Maßnahmen in seiner Bestimmung sich im ganzen im feindlichen Sinne zu unserem Vorteil gewendet hat. Eingekündigte U-Boote sind auf unsere Seelände und auf die englische Küste und die nördliche Küste davon, daß der feindliche Feind verläßt, die feindliche Flotte zu veranlassen. Die Ansicht von „Gooch“ und „Brosnan“ scheint üblichen Charakters zu sein. Die „Gooch“ ist noch immer ein wirksames Kriegsschiff, aber der Verlust der „Brosnan“ wiegt den Verlust anderer beiden gleichzeitig vernichteten Monitore reichlich auf. Die Hauptstärke der britischen Flotte liegt in den heimlichen Gewässern, dem Hauptfeld der Operationen der feindlichen U-Boote. Auf das Mittelmeer entfallen etwa 30 Prozent des Wertes von Handels- und Kriegsschiffen.

Bisher fanden die dortigen Seestreitkräfte der Alliierten in den verschiedenen Abschnitten des Mittelmeeres unter verschiedenen Kommandos, jetzt haben wir auch dort eine alliierte Front durch einen Flottenchef der Verbündeten.

Unsere Grundsätze der gegenseitigen Regierung helfen britische Seestreitkräfte bei dem Wiederaufbau der griechischen Flotte und Merken. Die reorganisierten Seestreitkräfte Griechenlands werden bereits sehr wirksam im Mittelmeer mit. Die alliierte Flotte wird in kurzer Zeit durch britische Kriegsschiffe verstärkt werden. Das Zusammenwirken zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten ist vollkommen einheitlich. Die Kunde der Handelsflottenverleiher bewegt sich noch weiter in absteigender Richtung. Der Verlust des Weltknoten-Schiffes raumtes im Februar betrug nur etwas über die Hälfte dessen vom Februar 1917. Während der fünf Monate bis zum 28. Februar 1918 war der Weltknoten-Schiffes um 10 Prozent weniger als während der entsprechenden fünf Monate im Jahre 1917. Geddes sprach aber dann über die Notwendigkeit, den Schiffbau mit allen möglichen Mitteln zu steigern. Er sah dann so:

Die feindlichen U-Boote werden in vermehrter Anzahl zerstört. Die Besorgungen trübten sich in wachsender Weise gegen die Aussicht. Man nimmt an, daß einige Monate lang englische und amerikanische Streitkräfte in den heimischen Gewässern sowie U-Boote zerstört haben, wie nie gebaut werden können. Der Feind jedoch die Abnahme seiner Erfolge dem starken Rückgang der Zahl der Handelschiffe auf See zu, aber dies ist nicht richtig.

#### das Geleitamt

ist erheblich einwärts worden. Über 35 000 Schiffe wurden geleitet und die Verluste waren sehr gering. Dadurch, daß in kürzester Zeit die U-Boot-Angriffe näher an der Küste stattfanden, konnten wir häufiger den Feind durch patrouillierten Wasser und Luftfahrzeuge angehen. Die verschiedenen Seemannsmaßnahmen haben die Wiederherstellung einer großen Anzahl geschädigter Schiffe zur Folge, allerdings in der Anwendung von sehr viel Arbeit und Material, das sonst dem Bau neuer Schiffe dienen könnte.

### Die Wahrheitsliebe Lloyd Georges.

Die „Jertimer“ des englischen Ministerpräsidenten. Amsterd., 6. März. Die englische Wochenzeitung „Truth“ erklärt, sie könne in Zukunft den Mitteilungen Lloyd Georges über den U-Boot-Krieg nach den unrichtigen Angaben, die er bisher darüber gemacht habe, nicht mehr trauen. Im August habe er erklärt, daß im ersten Halbjahre 1917 48 400 Tonnen Handelsfrachtstrom erbaute worden seien und daß in der zweiten Hälfte 1 000 000 Tonnen vollendet werden würden. Nach den Angaben Bonar Law's im Unterhause seien aber nur wenig mehr als 60 Prozent davon hergestellt worden. Lloyd George habe ferner im August mitgeteilt, daß 330 000 Tonnen durch Kauf erworben worden seien, während tatsächlich nur 170 000 Tonnen gekauft wurden. Einen dritten Irrtum habe Lloyd George begangen, indem er versprochen, daß im Jahre 1917 der englische Schiffstrom um 1 904 000 Tonnen vermehrt werden würde, während diese Vermehrung tatsächlich nur 1 333 474 Tonnen betragen habe, eine Verringerung von 42,8 Prozent.

### Anruhen in Christiana.

W.B. Christiana, 7. März. (Hauptstadt) von Norwegen und Sibid fanden an verschiedenen Stellen der Stadt Anruher statt, an denen der Teufel beteuert hat. Vorhergehend inwendig Besessen waren in Sibid und Christiana ein

anderer die Sibid und bestimmten Festlichkeiten. In der Karl-Zobanstraße wurde ein großer Wasserbehälter zerstört. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor.

### Deutsches Reich.

Keine Reichsname der ersten Reichsname. Berlin, 7. März. Das mehrfach verbreitete Gerücht, die Reichsbehörden hätten beabsichtigt eine allgemeine Reichsname der im Prinzipielles befindlichen Männer-Oberleitung, bestätigt sich nicht. Eine Reichsname ist nicht in Aussicht genommen, vielmehr nur eine zusammenfassende Gleichmäßigkeit über das ganze Reich sich erstreckende Organisation der technischen Abwehr und Sammlung von getragenen Kleidungsstücken.

Der militärische Minister des Innern Dr. v. Fiebig hat er wird demnächst zurücktreten. Als sein Nachfolger wird der stellvertretende Bundesratsvorsitzende in Berlin Dr. v. Schiller genannt.

Zwischen der Heterogenität und der Leitung der Daimler-Motoren-Gesellschaft in Stuttgart-Unterliefen sind Differenzen entstanden, die dazu geführt haben, der Leitung der Firma vorläufig eine militärische Aufsicht beizubehalten.

Das Verfahren gegen den „Borndorf“ wegen verübten Vandalismus, der durch den Zeitarbeiter. Die Forderungen des Arbeiters vom 29. Januar beantragen sein sollte, wurde vom Oberreichsanwalt eingestellt.

### Halle und Umgebung.

#### Vollversammlung der Landwirtschaftskammer.

(Fortsetzung aus dem Abendblatt.) Herr Direktor Raber erstattete Bericht über die Geschäftstätigkeit der Landwirtschaftskammer und der Ausschüsse, sowie über die vom Vorstand im Jahre 1917 bei den Behörden gestellten Anträge und ermittelten Gutachten, ebenso über den Haushaltsplan und die auszuführenden Umlagen für 1918. Die Geschäftstätigkeit sind gebietet zu 54 Prozent aus geminderter Tätigkeit, zu 22 Prozent durch Staatsbeitrag, zu 24 Prozent durch direkte Aufbringung. Für die Aufstellung des neuen Haushaltsplans muß besonders die Zeit der Lebensmittelwirtschaft berücksichtigt werden. Auch für den Frieden muß damit gerechnet werden, daß die Einnahmen zunächst nicht steigen werden. Die Gehälter in den Instituten müssen erhöht werden. Mit Zusendungen seitens des Staates ist nicht zu rechnen. Zur Förderung der Pferde, Rinder- und Schweinezucht müssen besondere Mittel aufgebracht werden. Eöhne und Gehälter werden auch nach dem Kriege erhöht bleiben infolge der sehr noch länger anbauernbenutzten Leistung. Die Reparaturen werden noch lange sehr kostspielig sein. Die Reichsbehörden haben bei Auffstellung des Voranschlags Berücksichtigung gefunden. Es wird eine Erhöhung der Beiträge um 33 1/2 Prozent gefordert.

Der seit 1914 zum ersten Male wieder neu aufgestellte Haushaltsplan weist für 1918 eine Einnahme von 1 838 084 M., eine Ausgabe von 2 012 726 M., mithin einen Nettobetrag von 174 642 M. auf. Mit kleinen Änderungen in einzelnen Posten wurde der Haushaltsplan genehmigt.

Im Einzelnen wurden zum Haushaltsplan noch folgende Beschlüsse gefaßt: Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer erklärt sich damit einverstanden, daß in Anbetracht der hohen Bedeutung, die der Anbau von Gemüße und der Bezugung von Samen in der Provinz Sachsen genommen haben, der Frage der Errichtung einer Veruchungsanstalt für Garten- und Gemüsebau, entsprechend dem Antrage des Halleischen Gartenbauvereins und den Beschlüssen des Ausschusses für Garten- und Gemüsebau für die Zukunft näher getreten wird. Sie ermächtigt den Vorstand, die für die Errichtung einer derartigen Anstalt erforderlichen Vorbereitungen zu treffen und beim Herrn Landwirtschaftsminister zur Berechtigung von Staatsmitteln für diese Zwecke vorzulegen zu werden. Sie beschließt, die agrarisch-wirtschaftliche Kontrollstation zu beantragen, schon jetzt ihre Tätigkeit auf die Untersuchung und Prüfung von Gemüßesamen auszuweiten.

In unserer Provinz sind die Bodenbedürfnisse und besten Züchter auf dem Gebiete des Gartenbauens. Die Versuchsanstalt wird sich mit wissenschaftlichen Studien über Verarbeitungsgesetze, Samenanlagen usw. befassen. Die Beihälter sollen vor unautonomen Konturen, vor feuchter Samenbefreiung geschützt werden. In Halle haben mehr als 10 000 Familien Gärten in der Umgebung und auch sie brauchen guten Samen. Beiträge mit Vorzügen sollen aufzubringen werden, der Anbau von Heilkräutern soll gefördert werden.

Ferner ermächtigt die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer den Vorstand, die für die Zwecke der Erweiterung der Zentral-Ankaufsstelle für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte nötigen Grundstücke zu erwerben und die hierzu erforderlichen Gelder dem Betriebsmitteln der Zentral-Ankaufsstelle zu entnehmen. Die Räumlichkeiten der Zentral-Ankaufsstelle sind beschränkt. Gleitschiffen soll erwünscht. In anderen Städten der Provinz Sachsen sollen Auslieferungswerkstätten eingerichtet werden.

Ferner beschließt der Vorstand der Kammer, Beschluß darüber zu fassen, daß der aus dem Haushaltsplan der Landwirtschaftskammer für das Rechnungsjahr 1918 sich ergebende Nettobetrag von M. 174 642 durch Deduktion findet, daß die Umlagebeiträge um 1/4 Proz. auf 1 Proz. des Grundbesitzwertes vom 1. April 1918 erhöht werden. Da kein Widerspruch erfolgt, wird dem Antrag gemäß beschlossen.

Die Vollversammlung erklärt sich in Anerkennung der besonderen Bedeutung, welche für die Zukunft der Beschaffung von Futtermitteln aus der einheimischen Erzeugung zukommt, damit einverstanden, daß bei der Landwirtschaftskammer eine besondere

Veranstaltung für Fütterungsweisen eingerichtet wird. Sie ermächtigt den Vorstand, die hierzu erforderlichen Gelder, soweit sie nicht durch Beitragsgebühren gedeckt werden, bis zu M. 10 000,— zunächst aus dem außerordentlichen Haushaltsplan vorzusehen und Mittel zu entnehmen.

Wetter wird der Vorstand ersucht, bei den nachstehenden Stellen dahin vorzulegen zu werden, daß auch die Käufertätigkeiten bei der Demobilisierung den Züchtern weiter gefördert werden.

Veranstaltung für Fütterungsweisen eingerichtet wird. Sie ermächtigt den Vorstand, die hierzu erforderlichen Gelder, soweit sie nicht durch Beitragsgebühren gedeckt werden, bis zu M. 10 000,— zunächst aus dem außerordentlichen Haushaltsplan vorzusehen und Mittel zu entnehmen.

werden. Dabei wird die Bitte ausgesprochen, daß unter Mitwirkung einer von der Landwirtschaftskammer ernannten Kommission die Auswahl der brauchbaren Futtermittel aus dem gesamten Bestand der der Provinz zugewiesenen Vorräte erfolgt.

Sodann erteilt die Kammer die Genehmigung zur Aufnahme eines weiteren Darlehens von 200 000 M. für die Zentral-Ankaufsstelle für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte zwecks

#### Beisitzung von Motorpflügen.

Desgleichen nimmt die Kammer dem Antrag eines Grundbesitzers in Lauchbühl zur Einleitung von Arbeiterwohnungen für die Provinzialverwaltung grundsätzlich zu. Des weiteren beschließt sich die Provinzialverwaltung in Anbetracht der Beschläge des Deutschen Landwirtschaftsrates mit dem

#### Wirtschaftsplan für das Erntejahr 1918-19.

Herr Landwirtschaftsminister Dr. Raber gab dafür allgemeine Gesichtspunkte, wobei er betonte, daß man bei dem Plan, die landwirtschaftlichen Genossenschaften mit der Errichtung der Ernte in erster Linie zu betonen, nicht daran geizig haben, sondern handeln auszuführen oder das Anbauverhältnisse zu befähigen. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften stehen aber so gut wie unerschaffen da. Der Kriegsernährungsamt ist jetzt an die Hauptverantwortung der landwirtschaftlichen Genossenschaften mehr als bisher zur Verantwortung herangezogen werden sollen. Der Wandel ungeschaffen, wäre ein Fehler; das wünschen die landwirtschaftlichen Genossenschaften selbst nicht, denn die Ausgestaltung der Landwirtschaft würde zur Stagnation führen. Wichtig ist es aber, daß die Genossenschaften die Probleme des Fortschritts der Landwirtschaft gesehen seien. Wo blühende landwirtschaftliche Genossenschaften blühen, da hebt sich die Landwirtschaft und damit der Ertrag. Wenn der Handel und die Industrie jederseits sich zu Berden zumutend zusammen tun, so muß das auch der Landwirtschaft freistehen. Wir geben einer Zeit der Staatseinnahme entgegen, z. B. was die Verlegung mit Käufertätigkeit, Forderungen usw. anlangt. Da erwidert gerade der landwirtschaftlichen Genossenschaften wichtige Aufgaben.

#### Sindfleisch

wurde im Sinne der Beschläge des Deutschen Landwirtschaftsrates die Fortsetzung ausgeführt, daß die Feststellung der Preise für die neue Ernte 1918 dergestalt erfolgen muß, daß der Erhöhung der allgemeinen Wirtschaftskosten gegenüber dem Jahre 1917 Rechnung getragen wird und daß sie für den Anbau von Sommerfrüchten einen genügenden Anreiz bieten. Weiter das Thema

#### Kartoffeln

berichtete Herr Schürig, daß der Minister für den kleinen und mittleren Besitz eine Prämie von M. 350 je Zentner Kartoffelzettel, jeweils für je Mehreinhalt bezogen werden, bemittelt hat. In regulären Zeiten haben wir in Deutschland 45 Millionen Tonnen Kartoffeln geerntet, wovon 15 Millionen für die Lebensmittel, 7 Millionen für die Industrie, 5 Millionen für die Verwertung und 23 Millionen zur Verfertigung gebraucht wurden. Jetzt im Kriege verlangt die menschliche Ernährung die doppelte Menge, nämlich 29-30 Millionen Tonnen. Da bleibt für die Verfertigung sehr wenig übrig. Die Kartoffel ist in ihrem vollen Wert für die Volkswirtschaft erst in diesem Kriege erkannt. Sie haben uns außerordentlich viele Nährpflanzen. Darum muß darauf hingewirkt werden, die Erzeugung zu vergrößern. Statt dessen zeigt sich ein Rückgang hinsichtlich der Ackerfrucht in Deutschland um 800 000 Morgen, in unserer Provinz Sachsen um 53 000 Morgen. Gründe dafür sind: die Ansaat ist teuer und ist nicht gut; ferner fehlen menschliche und tierische Arbeitskräfte zum Kartoffelbau. Da benötigt man den Anbau von Winter- und Sommerfrüchten, was mehr liefert. Es ist aber ein dringendes Erfordernis, mehr Kartoffeln zu erzeugen. Wir müssen unbedingt den Ertrag pro Morgen steigern. Das kann geschehen, indem wir Saatgut aus Sandgebieten verwenden, ein Wechsel, der 25 bis 40 Zentner Mehretrag pro Morgen liefert. Ferner dürfen wir den Düng nicht aus unterlassen und im Herbst den Boden nicht schälen. Weiter sind zur Saat nur große und mittlere, niemals zu kleine Kartoffeln zu verwenden. Das Schreiben der Kartoffelbau ist zu vermeiden. In England werden z. B. Temperatur, verträglich schneiden gar nicht und endlich dürfen wir das Kartoffelkraut nicht grün abmähen, weil wir sonst den Ertrag der Knollen schädigen.

Herr Deponierat hat zu be: Ein wirksames Mittel, den Kartoffelbau zu fördern im Interesse unserer vaterländischen Wirtschaft, scheint es mir zu sein, wenn der Landwirt die Berechtigung erhielte, den der Fläche, die er mit Kartoffeln mehr anbaue, weniger abgeben zu müssen, wenn er also nur einen Bruchteil abzugeben brauchte, vielleicht 20 Zentner pro Morgen.

Herr Deponierat hat zu be: Es empfiehlt sich, das Saatgut zu spät erhalten werden. Er empfiehlt fernerhin zum Kartoffelbau zu verwenden, da es in dieser nur wenig Saatgut vorhanden ist. Wichtig ist es, rechtzeitig Düng zu Verfügung zu stellen. Weiter sollte es an Düng, Rest rechtzeitig zu verpacken. Der Restfrucht müßte mal 8 Tage lang oder irgendwie verfügbaren Düng überlassen werden. Dann hätte unsere Landwirtschaft und unsere gesamte Volkswirtschaft einen großen Vorteil.

Herr Direktor Haack: Die Aussichten, noch mehr Kartoffeln zu bekommen, sind nicht gut. Wir haben uns schon an die stilligen Provinzen gewendet, aber auf große Hoffnungen dürfen wir nicht setzen. Eine Umfrage in unserer Provinz ergab, daß wir in der Provinz Sachsen selbst kaum noch erhebliche Mengen Saatfrucht verfügbar machen könnten.

#### Herr Deponierat Dr. Runge berichtete über den Bau der Futterstellen.

Die Futterrübe gibt pro Einheit die meisten Nährstoffe. Den Futterrübenanbau dürfen wir keinesfalls vernachlässigen. Es werden fehlen die Düngemittel, ebenso gerichtet es an Geplante. Man hat den Landwirten einen Anreiz geben wollen, andere Früchte zu bauen: Raps, Hülsenfrüchte, Getreide und je Kartoffeln. Das hat alles etwas für sich, aber die Futterrübe ist besonders zu prägen. Das läßt sich nur erreichen, wenn man dem Landwirt einen angemessenen Preis anbietet. Es genügt nicht, daß er beim Rübenbau vom Morgen einen Bruttogewinn von 250 bis 450 M. hat, während andere Früchte ihm teilweise über 1000 bis 1200 M. Rohgewinn bringen. Daraus hat man einen Reiz von 350 M.

